

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/008/2022

Sozialausschuss am 01.09.2022

Zu Punkt 5: Bericht zur sozialen Wohnraumförderung

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Braun. Dieser stellt sich kurz als Nachfolger von Herrn Wördemann im Bereich der sozialen Wohnraumförderung des Kreises Mettmann vor und erläutert die Vorlage. Er betont an dieser Stelle, dass der Kreis Mettmann im vergangenen Jahr gut aufgestellt war und lediglich eine große Maßnahme nicht bewilligt werden konnte. Dies ist jetzt für das laufende Jahr vorgesehen. Ferner teilt Herr Braun mit, dass grundsätzlich auch in diesem Bereich die Preissteigerungen sowie der Fachkräftemangel zu erschwerten Bedingungen führen. Infolgedessen hat das zuständige Ministerium reagiert und allen Darlehensnehmern, die eine Bewilligung in 2021 erhalten haben, die Möglichkeit einer Nachbewilligung von bis zu 20 % ausgesprochen, um so einer möglichen Preissteigerung entgegen zu wirken.

Ferner teilt er mit, dass wie bereits im vergangenen Jahr diskutiert, Doppelmeldungen von Wohnungssuchenden in mehreren ka. Städten nicht auszuschließen und aus Gründen des Datenschutzes nicht zu ermitteln sind. Der erforderliche Bedarf ist nicht hundertprozentig ermittelbar, hier können nur Tendenzen festgestellt werden.

KA Kuchler bittet um Mitteilung, warum der erwähnte Antrag im vergangenen Jahr nicht bewilligt werden konnte und ob schon ein entsprechender Antrag für das laufende Jahr vorliegt. Zudem merkt sie an, dass die Anzahl an geförderten Mietwohnungen in Monheim am Rhein erschreckend niedrig ist und appelliert an dieser Stelle an die Ausschussmitglieder aus Monheim, dies entsprechend an den Bürgermeister weiterzugeben, der für diese Thematik Versprechungen gegeben hat.

Herr Braun erklärte zum nicht bewilligten Antrag, dass dessen Prüfbarkeit und in Folge eine zeitnahe Bewilligung in 2021 nicht gewährleistet werden konnte. Hinsichtlich der anderen Problematik muss eruiert werden, welche Steuerungselemente hier zur Verfügung stehen.

KA Stolz teilt mit, dass es erschreckend zu beobachten ist, wie viele soziale Wohnungen perspektivisch wegfallen werden. Sie bittet um nähere Erläuterungen zur Eigentümerstruktur und ob es sich hier um gemeinnützige oder Kapitalgesellschaften handelt.

Hierzu führt Herr Braun aus, dass dies den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen ist und bei den Städten erfragt werden müsste. Er nimmt die Frage aber gerne für die Erstellung des nächsten Berichts auf.

KA Ernst führt aus, dass die zugrunde gelegten Zahlen grundsätzlich jedes Jahr sehr frustrierend sind, auch wenn dieses Jahr einmalig eine leicht positive Tendenz ausgewiesen wurde. Sie betont an dieser Stelle, dass die Verantwortung der Thematik in den Kommunen liegt und sie daher die Einführung einer Sozialquote in fünf der zehn ka. Städte sehr begrüßt. Dieser Weg sollte weiter unterstützt werden.

Auch Herr Braun betont, dass in der Thematik durchaus Bewegung und die Einführung einer Sozialquote ein Weg in die richtige Richtung ist. Die weitere Entwicklung ist hier abzuwarten.

Abschließend führt Herr Klemmer an, dass auch im Sozialamt der Bericht zur Kenntnis genommen wird. Er sieht in der Einführung einer Sozialquote ein entscheidendes Steuerungselement, um an die Struktur der Problematik zu kommen; eine Sozialquote bildet in jedem Fall eine klare Grundlage für die Planungen und Entwicklungen. Die Ausführungen hierzu sollten daher gerne an die jeweiligen Stadträte herangetragen werden. Das Ziel sollte sein, in allen Städten ein solche Quote zu verorten bzw. bestehende nach den Bedarfslagen weiterzuentwickeln.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Bauausschuss am 12.09.2022

Zu Punkt 5: Bericht zur sozialen Wohnraumförderung

Herr Braun stellt sich vor und erläutert die Vorlage.

Nach einem Austausch darüber, dass die Verfügbarkeit von gefördertem Wohnraum immer weiter sinken wird, sind sich die Ausschussmitglieder einig, dass die besorgniserregende Entwicklung bekannt ist, aber zu diesem Zeitpunkt keine Lösungsansätze bestehen.

Die Mitglieder des Bauausschusses und Sozialausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.